

Keine falsch verstandene Sozialpolitik

Ralf Hauboldt (MdL) mit provokanten Thesen zu Raumordnung und Regionalentwicklung in Thüringen

In der Sömmerdaer KOPOFOR-Veranstaltung machte Ralf Hauboldt deutlich, dass die Ziele und Grundsätze der Raumordnung keine unmittelbare Rechtswirkung gegenüber dem Einzelnen haben. Lediglich mittelbar sind, insbesondere durch nachfolgende Verwaltungsentscheidungen, Auswirkungen möglich. Dennoch stehen nach Auffassung von Ralf Hauboldt „in den kommenden Monaten für DIE LINKE konkrete Aufgaben bei der Diskussion zur künftigen Raumordnung in Thüringen an“. Dazu gehört zum einen die Änderung des Landesentwicklungsplanes. Dieser liegt noch bis einschließlich 8. Januar 2008 bei den zur Regionalen Planungsgemeinschaft zusammengeschlossenen Gebietskörperschaften aus. Zum zweiten werden die Regionalen Raumordnungspläne fortgeschrieben und an neue technische Möglichkeiten angepasst. Dazu zählen z. B. die Höhenbegrenzung von Windkraftanlagen, eine Anpassung an neue wirtschaftliche und infrastrukturelle Anforderungen an den Raum und die Bewertung neuer Entwicklungsmöglichkeiten und -perspektiven. Darüber hinaus werden auch in der Zukunft für Einzel-

„Nicht jede wirtschaftliche Entwicklung, nicht jeder angekündigte Arbeitsplatz, nicht jede neue Technologie rechtfertigt einen Eingriff in Natur und Landschaft. Und nicht jeder Verweis auf ein historisches Baudenkmal darf ein Windrad verdrängen“, formulierte Ralf Hauboldt.



maßnahmen Raumordnungsverfahren bzw. Zielabweichungsverfahren durchgeführt, die kritische Begleitung brauchen.

Bei der Bewertung dieser Maßnahmen, ob die Änderungen der Planungs- und Ordnungsgrundlagen oder von Einzelprojekten, wird sich die Frage stellen, welches ist der für eine zukunftssträchtige und nachhaltige Entwicklung notwendige Bewertungsmaßstab.

Der Widerspruch zwischen wirtschaftlichen Interessen einerseits und den unveräußerlichen Anspruch der Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen wird allzu deutlich bei den durchgeführten und einen noch ausstehenden Raumordnungsverfahren für die 380kV-Trasse durch den Thüringer Wald. Wenn es Aufgabe der Raumordnung ist, einen Ausgleich zwischen berechtigten und gerechtfertigten wirtschaftlichen An-

sprüchen, den sozialen Interessen und den ökologischen Herausforderungen herbeizuführen, darf man sich dabei nicht einseitig leiten zu lassen.

Die Wirtschafts- und Raumnutzungen des vergangenen Jahrhunderts können nicht Leitfaden der Bewertung von Raumnutzungs-

konzepten durch DIE LINKE sein, so ein Ergebnis der Diskussion. Auch wäre es falsch verstandene Sozialpolitik, wenn im Interesse der Sicherung individueller Lebensgrundlagen durch Beschäftigung eine Debatte über die stetig zunehmende Flächenversiegelung und damit einhergehender Rückgang der Artenvielfalt vermieden wird. Täglich werden rund 120 ha (84 ha in den alten Ländern; 36 ha in den neuen Ländern) zusätzlich für eine infrastrukturelle Nutzung genommen.

Die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestags forderte bereits 1998, die jährliche Neu-Inanspruchnahme von Flächen bis 2010 auf 10 Prozent des Niveaus der Jahre 1993 bis 1995 zu reduzieren. Langfristig soll sogar ein Nullwachstum erreicht werden (Entsiegelung von Flächen als Kompensation für Neu-Inanspruchnahme). „Raumordnung als ausschließlich regionale Ordnungsmaßnahme zu verstehen“, so Ralf Hauboldt, „geht an den gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen vorbei. Klimaschutz, Schutz des natürlichen Lebensraumes als gesamtgesellschaftliche Ziele müssen auch auf regionaler Ebene Hintergrund für Entscheidungen werden. Raumordnung findet zwar regional statt, aber nicht auf einer Insel.“

Lernen, lernen, nochmals lernen . . .

. . . dieses Motto konnte man den Teilnehmern des „Kommunalpolitischen Wochenendes“ am 12. und 13.10.2007 im Rittergut Lützensömmern bei Bad Tennstedt ins Stammbuch schreiben. Am Freitagabend fand eine vom Kommunalpolitischen Forum e.V. veranstaltete Podiumsdiskussion „Kommunaler Finanzausgleich - werden die Kommunen kaputt gespart?“ statt.

Die Bürgermeister im Podium aus Sömmerda und Hildburghausen, Wolfgang Flögel und Steffen Harzer (beide DIE LINKE), verneinten trotz mehrerer Nachfragen diese von der KOPOFOR-Vorsitzenden Heidrun Sedlacik (MdL) aufgestellte provokante These.

immer enger werden Gestaltungsspielraum nicht, welche u.a. durch Finanzierungsänderungen seitens der Landesregierung entstehen. Einig waren sich die beiden mit weiteren anwesenden Bürgermeistern, keine Verweigerungshaltung einzunehmen. So fand der Vorschlag, eben auch einmal unausgeglichene Haushalte zur Genehmigung vorzulegen, bei den Bürgermeistern keine Zustimmung. Damit würde man direkt die Bürger bestrafen, weil man dann zunächst handlungsunfähig sei und bei vorläufiger Haushaltsführung nur die Pflichtausgaben getätigt werden dürfen. Im schlimmsten Fall müssen freiwillige Leistungen im sozialen Bereich aufgeben werden.

Am Samstagmorgen konnten die

Teilnehmer zunächst das Rittergut Lützensömmern e.V. in Augenschein nehmen, das ein engagierter Verein zu einem Kleinod für die Kinder- und Jugendarbeit gemacht hat. Die Tagung wurde in drei Arbeitskreisen fortgesetzt. Im Ergebnis stellte der AK I unter Leitung von MdL Heidrun Sedlacik neun Thesen für eine erfolgreiche linke Kommunalpolitik auf. Der AK II unter Leitung von Steffen Dittes beschäftigte sich mit „Kommunaler Haushaltspolitik unter veränderten Rahmenbedingungen“. Im AK III mit MdL Frank Kuschel, Geschäftsführer des KOPOFOR, ging es um „Gebühren und Abgaben“ und räumte mit so manchem Totschlagargument der CDU oder SPD auf.

Torsten Röder, Greiz

Winterschule 2008

Das Kommunalpolitische Forum Thüringen e. V. plant erstmals gemeinsam mit dem Landesvorstand DIE LINKE Thüringen in Vorbereitung der Kommunalwahl 2009 eine Winterschule „Kommunalpolitik“. Diese findet vom 4. bis 6. Januar 2008 im Tagungshaus „Rittergut“ in Lützensömmern statt. Beginn ist am 4. Januar um 18 Uhr, am 5. und 6. Januar jeweils um 9 Uhr.

Geplant sind folgende Seminare:

Grundsätze der politischen Arbeit (Frank Kuschel)

Öffentlichkeitsarbeit (Holger Auerswald)

Kommunales Verfassungsrecht (Steffen Dittes) sowie

Kommunales Haushaltsrecht (Frank Kuschel).

Für die Teilnahme am Seminar wird eine Teilnehmergebühr erhoben. Sie beträgt 50,00 Euro, für Mitglieder des KOPOFOR Thüringen 40,00 Euro. Darin enthalten sind Übernachtung, Vollverpflegung und Tagungsunterlagen. Anmeldungen direkt über Kopofor.

KOPOFOR Arbeitsplan 2008

- 19. Januar, Erfurt: Baugesetz und Bauordnung.
- 1. März, Erfurt: Kommunale Aufsichtsräte.
- 5. April, Eisenach: Kommunalpolitische Thesen.
- 26. April, Erfurt: Gesundheitspolitik.
- 14. Juni, Erfurt: Kommunalpolitischer Tag.
- 5. Juli, Erfurt: Kommunale Unternehmen.
- 30. August, Erfurt: Hartz IV.
- 26. und 27. September: Kommunalpolitisches Wochenende.
- 1. November, Erfurt: Haushaltsrecht.
- 29. November, Erfurt: Jahresmitgliederversammlung.
- 6. Dezember, Erfurt: Pflichtaufgabe Sport.

Sie wollen weitere Informationen zu den Vereinsaktivitäten des KOPOFOR oder wollen Mitglied werden?

Kontakt:

Kommunalpolitisches Forum Thüringen e. V.
Topfmarkt 4
98693 Ilmenau

Telefon: 03677/2096967
Fax: 03677/2081920
E-Mail: info@kopofor-thuer.de
Internet: www.kopofor-thuer.de